0,50 €

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

April 04/2012

Als Meinungsfreiheit verkauft

Am Puls der Zeit war die Nordkonferenz auch am diesjährigen 25./26. Februar. Mit Yves Müller, Mathias Wörsching (beide Verein für demokratische Kultur in Berlin) und Alexander Häusler (Arbeitsstelle Neonazismus FH Düsseldorf) standen am Samstag drei kenntnisreiche und engagierte Referenten zum Schwerpunkt Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus im politischen Raum zur Verfügung. Deutlich wurde, dass die NPD und die mit ihr verbundenen Kameradschaften nicht das Monopol auf Verbreitung extrem Rechten Denkens halten. Mit flächendeckender Verbreitung und ihrer militanten Vorgehensweise können sie allerdings derzeit weitaus größere Erfolge erzielen. In Berlin konnten sie sich in vier Bezirksverordnetenversammlungen festsetzen. Ihnen haftet der Geruch an Kümmererpartei zu sein, Sorgen in Alltagsfragen aufzugreifen. Sieht man genauer hin, so verflüchtigt sich dieser Eindruck sehr bald, denn in der täglichen Ausschussarbeit wird man sie vergeblich suchen. Beliebte Themen neonationalsozialistischer Gruppen sind Forderungen nach Wegsperren von Kinderschändern, Beschränkung von Sozialleistungen auf Deutschstämmige, Sperrung von Geldern für autonome Jugendprojekte, Gedenken an Kriegsverbrecher mit so genannten Roten Stolpersteinen, Platzbenennung nach Waldemar Pabst, dem Verantwortlichen für die Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Dagegen reagieren demokratische Parteien in der Regel fast ausschließlich mit Änderungen der Geschäftsordnung und formaler Zurückweisung der Anträge.

Das unbestritten notwendige Verbot der NPD würde zweifellos die aggressiv demokratiefeindliche Verbreitung faschistischer Sozialdemagogie zurückdrängen. Kulturreligiös daherkommende globalisierungsfeindliche Haltungen aus der Mitte der Gesellschaft bedienen sich gewiss auch anderer Varianten autoritätshörigen Staatsverständnisses. Bewegungen wie Schill-Partei, PRO-Deutschland, Pro-DM, Bürger in WUT, auch die REPs kommen als rechtskonservative Bewahrer daher und bestärken Ängste vor einem Abstieg des kleinen Mittelstandes in einer veränderten Weltsituation. Anders als gleichgesinnte Bewegungen in den europäischen Nachbarländern vermögen sie die hohe Akzeptanz etlicher ihrer Argumente nicht in Wählerstimmen umsetzen. Das geht vermutlich auf die immer noch recht hohe Tabuschwelle zurück, als Ergebnis der Niederlage des Faschismus und Rechtskonservatismus (DNVP/Stahlhelm) im Zweiten Weltkrieg. Größere Ost-West-Unterschiede sind nicht zu erkennen, wie Alexander Häussler darlegte. Ausgrenzung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung 1933/45 führen bis heute zu einer Ablehnung neonationalsozialistischer Gruppierungen. Der moderne Rassismus führt kulturreligiöse Ausgrenzungsgründe an, ist vorwiegend gegen den muslimischen Teil der Bevölkerung gerichtet. Sarrazins Thesen sollten zum Dammbruch werden, konnten aber nur begrenzt Wirkung entfalten und wurden durch die Morde in Norwegen und die Aufdeckung der so genannten Zwickauer NSU-Zelle in der öffentlichen Diskussion in den Hintergrund gedrängt. Die Schweizer Kampagne gegen den Minarettbau wurde mehrfach in verschiedenen Bundesländern nachgeahmt, konnte aber aufgrund vehementer Ablehnung breiter Demokratiebündnisse keine Erfolge einfahren.



Angeregte Diskussion bei der Nordkonferenz

Im Anschluss an eine spannende Diskussion um Handlungskompetenz in der Abwehr extrem rechter und faschistischer Propaganda und Aktivitäten schloss sich ein Vortrag von Bernd Meimberg zur Zuspitzung der Sicherheitslage im Mittleren Osten an. Hingewiesen wurde auf die Propagierung eines Szenarios, wie es schon bei der Bombardierung Jugoslawiens und Libyens gespielt wurde. Zu Unrecht wurde auch jetzt wieder die UN-Charta als Begründung für Kriegsvorbereitungen gegen die Regierungen Syriens und Irans bemüht. Der Abend war gefüllt von Achim Bigus' Programm mit Liedern aus dem Spanischen Bürgerkrieg, das alle in Bann zog und zum Mitsingen einlud.

Sonntagvormittag stand unter dem Vorzeichen einer Würdigung der Arbeit der VVN mit einem Bilder-Vortrag unseres Kameraden Ulrich Sander. Eine Öffnung der Vereinigung gegenüber der nachfolgenden Generation erfuhr die Organisation schon in den 50er Jahren mit der Einbeziehung der Kinder des Widerstands. Ausführlich wurde die Notwendigkeit der VVN-Gründung März 1947 in Frankfurt/Main belegt und die jahrelangen Versuche sie zu verbieten und führende Mitglieder durch Berufsverbote in ihrer Existenz zu beschneiden. Ihre antimilitaristischen Aktivitäten belegen, dass der Friedensarbeit durchgängig dieselbe Bedeutung zukommt wie der antifaschistischen Arbeit. Der Kampf um gerechte Entschädigung für Haftschäden und Zwangsarbeit ist ein weiteres Feld politischer Tätigkeit der VVN.

Zum Abschluss der diesjährigen Nordkonferenz wurden ...

weiter geht es auf Seite 2

Zwangsarbeiterentschädigung vor Neuanlauf?

Proppevoll war der Wallsaal der Bremer Stadtbibliothek zu einer Buchvorstellung von Dr. Karl-Heinz Roth. Vor mehr als 80 erwartungsvollen ZuhörerInnen stellte er am 23. Februar seine dickleibige Studie zu "Reemtsma auf der Krim" über Zwangsarbeit in der Tabakindustrie während der Zeit der deutschen Besetzung der Sowjetunion vor, an der er gemeinsam mit Jan Peter Abraham zwölf Jahre gearbeitet hatte. In seiner Eröffnung verwies Prof. Dr. Jörg Wollenberg auf die Fülle wohlwollender Kritiken führender deutscher Zeitungen. Er würdigte zugleich die jahrelange verdienstvolle Tätigkeit des Archivs Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Und er würdigte die Verdienste des kürzlich verstorbenen Neugeschichtlers Immanuel Geiss.

Karl-Heinz Roth schilderte ausführlich die Probleme für die intensive Forschungsarbeit. Die Unterlagen der Firmenpolitik der deutschen Tabakindustrie waren weitgehend vernichtet, mussten mühevoll rekonstruiert werden. So konnte die ausgedehnte Kinderarbeit nicht dokumentarisch belegt werden, sondern erst nach dem Entstehen von Kontakten mit Überlebenden. Die politischen Rahmenbedingungen führten Ende der 90er Jahre wegen der Fülle an Klagen aus den USA zu einer begrenzten Entschädigung für von KZ-Häftlingen der deutschen Großbetriebe, eine Entschädigung für ungleich härtere Ausbeutung in den besetzten Ländern oder in der Landwirtschaft blieb jedoch ausgeschlossen. Es fehlten auch einfach Unterlagen, um diese Härte an Ausbeutung zu belegen. Ganze Bevölkerungsgruppen wurden unter Generalverdacht der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht gestellt und deportiert, wie die Krimtartaren Ende 1944.

Erst allmählich erschloss sich das Ausmaß an Ausbeutung. Ehemalige sowjetische Staatsbetriebe, Gebäude und Maschinen wurden übernommen. Schon wie im Frühjahr 1941 in Griechenland wurde die gesamte Ernte der Vorkriegsjahre beschlagnahmt und auf eigene Rechnung verarbeitet und verkauft. Roth kommt auf 36 Millionen Zwangarbeiter in den besetzten Ländern gegenüber weiteren 12,5 Millionen im Reichsgebiet. Zu dem beispiellosen Terror, der den deutschen Vormarsch begleitete, gehörte 1941/43 die Vernichtung der Partisanendörfer, der jüdischen Gemeinden, der Roma und der Psychiatrieopfer, alles in allem 10% der Bevölkerung der Krim. In den Tabakbetrieben beschäftigte Reemtsma ca. 28.000 Zwangsarbeiter, was ihm alleine im ersten Jahr 370.000 RM Gewinn bescherte. Er hatte sich quasi das Monopol für Orienttabake gesichert. Mit seinen Betrieben auf der Krim und im Nordkaukasus war zwar der Importausfall bei weitem nicht ausgeglichen, aber die Option auf das Tabakmonopol nach einem Sieg. Im Verlauf der Studie geriet auch die extensive Nutzung von Zwangsarbeit in der deutschen Bauindustrie stärker ins Visier.

Mit den gewonnenen Erkenntnissen über Ausmaß und Bilanz der Zwangsarbeit in den besetzten Gebieten ist nun den wenigen überlebenden Bewohnern eine Handhabe für Sammelklagen gegen deutsche Firmen gegeben.

Wilhelm Henkel

Als Meinungsfreiheit ...

... einige Festlegungen für die Arbeit bis zur nächsten Konferenz getroffen. Die Internetseite der Neofa-Kommission Küste wurde im vergangenen Jahr rund 11.000mal aufgerufen. Beiträge aus Bremen und Niedersachsen könnten häufiger eingestellt werden, dort gibt es allerdings anders als in Mecklenburg-Vorpommern eine regelmäßig erscheinende Mitgliederzeitung. Ein echter Gewinn wäre eine Verankerung des antifaschistischen Umlandes von Heideruh in die Arbeit der Kommission.

Die Nordkonferenz sollte ihre Spuren auch in den Länderseiten der *antifa* lassen. Etwas unklar blieb, wieweit die Themenstellung für die Nordkonferenz schon zwölf Monate im Voraus festgelegt werden könnten, wichtig aber um gute Referenten zu gewinnen. Auf dem Wunschzettel stehen globaler Antisemitismus, Globalisierungsängste/Soziale Demagogie, Zukunftsentwurf Antifaschismus. Antifaschismus im Zusammenhang mit Militarisierung war ein weiteres Thema.

Raimund Gaebelein

Das Alphabethaus

Nach den drei Kriminalromanen "Erbarmen", "Erlösung" und "Schändung" hat sich Jussi Adler-Olsen in seinem Roman "Das Alphabethaus" einem ganz anderen Thema zugewandt. Der erste Teil des Buches beginnt im Jahre 1944. Bei einer Mission über Deutschland stürzen James und Brian, zwei seit ihrer Kindheit engbefreundete englische Piloten, über feindlichem Gebiet ab. Verletzt können sie sich vor ihren Verfolgern in einen deutschen Lazarettzug aus den Osten retten. Mit falscher Identität kommen sie in ein Sanatorium für physisch und psychisch belastete, verwundete höhere Waffen-SS-Offiziere der Ostfront in der Nähe von Freiburg. Nicht nur die an ihnen und anderen vorgenommenen Versuche der Ärzte, sondern auch die Übergriffe einiger Mitpatienten bringen ihr Leben im so genannten Alphabethaus mehr als einmal in Gefahr. Mit jeder Seite wird man in den Sog der Geschehnisse hineingezogen. Man fiebert mit ihnen, ob ein Entkommen aus dieser Hölle gelingt.

Im zweiten Teil des Buches, 28 Jahre später, begibt sich einer der Beiden auf die Suche nach seinem Freund, den er seit Anfang 1945 nicht mehr gesehen hat. Er muss sich in Freiburg seiner nicht aufgearbeiteten Vergangenheit stellen und gerät erneut in einen Strudel aus Schrecken und Grausamkeit. Fast bis zum Ende des Buches fragt sich der Leser, was drei so ehrenwerte und unbescholtene Bürger Freiburgs mit James und Brian zu tun haben. Es ist Jussi Adler-Olsen mit diesem Werk auf eindrucksvolle und manchmal sehr zu Herzen gehende Weise gelungen, nicht nur einen Einblick in die Verbrechen medizinischer Versuche im Dritten Reich zu geben, sondern auch dem Leser auf dem Hintergrund des leider nicht nur erfundenen Untertauchens höherer Waffen-SS-Offiziere nach 1945, das Drama einer Freundschaft nahe zu bringen.

Im Anhang des Buches befindet sich eine Aufschlüsselung der im Dritten Reich benutzen Abkürzungen für die verschiedenen Erscheinungsbilder psychischer Erkrankungen. Für dieses Thema sensibilisiert ist Jussi Adler-Olsen wohl aufgrund der langjährigen beruflichen Tätigkeit des Vaters. Außerdem ist es sehr beeindrukkend, mit welch akribischer Kleinarbeit Jussi Adler-Olsen das Thema Psychiatrie im Dritten Reich recherchiert hat. Dadurch wirkt der Roman fast wie ein Tatsachenbericht. Ich kann dieses Buch nicht nur jedem Jussi-Fan, sondern auch allen anderen nur sehr empfehlen. Dank der Spannung und des flüssigen Schreibstils mag man es gar nicht mehr aus der Hand legen, wenn man erst einmal damit begonnen hat.

Jussi Adler-Olsen "Das Alphabethaus" erschienen im DTV ISBN 978-3-423-24894-5 589 Seiten 15.90 EUR

Marion Bonk

Merkel bittet um Verzeihung

Anlässlich der Trauerfeier für die NSU Opfer im Bundestag bat Frau Merkel die Angehörigen um Verzeihung. Was ist das doch für eine verlogene Politik unserer Regierung. Seit ihrer Gründung 1947 kämpft die VVN-Bund der Antifaschisten gegen Rechtsextremismus. In Bremen hat es viele Anschläge der Rechtsextremisten gegeben. Bei Demonstrationen gegen "Rechts" werden sie geschützt, gegen die friedlichen ....

weiter geht es auf Seite 4

Auch CDU-Mitglieder fordern NPD-Verbot

Die Diskussion um ein neues NPD-Verbotsverfahren ist wieder aufgeflammt. Inzwischen mehren sich auch bei der CDU die Stimmen, die einen erneuten Verbotsantrag befürworten. Kanzleramtschef Ronald Pofalla ist für einen erneuten NPD-Verbotsantrag. Er sucht Unterstützung bei den Ministerpräsidenten aus Bayern, Berlin und Rheinland-Pfalz. Inzwischen ist bekannt geworden, auch die CDU-Ministerpräsidentin von Thüringen, Christina Lieberknecht, stimmt zu. Sie ist auch stellvertretendes Mitglied der Synode der evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Landesvorsitzende der CDU in Thüringen. Sie sagt ganz eindeutig, die NPD muss verboten werden, sie geht aber noch weiter und fordert den Abzug der V-Leute.
Diese sehr konkreten Forderungen, werden von dem Bremer Innensenator Ullrich Mäurer seit Längerem, auch in der Innenminister-Konferenz gefordert. Die Bremische Bürgerschaft hat im Dezember einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen, SPD, CDU, Grüne und Die Linke beschlossen. In dem Antrag heißt es *"ein rechtsbeständiges Verbot der NPD wird angestrebt."* In dem Antrag wird auch darauf hingewiesen, dass *"aus öffentlich zugängigen Quellen die Verfassungsfeindlichkeit der NPD ersichtlich ist."* Es heißt in dem Antrag weiter: *"Deshalb fordern wir die Länder und die Bundesregierung auf, auf den Einsatz von V-Leuten in der NPD, soweit für ein erfolgreiches Verbot notwendig, zu verzichten."*

Die VVN-BdA unterstützt diese Aussagen, und begrüßt, dass auch bei einigen Mitgliedern der CDU die Einsicht besteht, dass etwas gegen die NPD in die Wege geleitet werden muss. Die Bewegung für ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD braucht eine breite Zustimmung. Die VVN-BdA hat deshalb eine neue Kampagne eingeleitet, mit der ein neues Verbotsverfahren gefordert wird.

Ingeborg Breidbach

NPD-Verbot - Jetzt aber richtig!

2007 haben knapp 175.000 Menschen durch ihre Unterschrift gefordert, dass ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD auf den Weg gebracht wird. 2009 haben über 5.400 Demokraten Argumente für ein NPD-Verbot auf der Kampagnen-Seite no·npd eingestellt. Eines der wichtiges Argumente war, dass das faschistische Menschenbild Artikel 1 des Grundgesetzes massiv widerspricht: *"Die Würde des Menschen ist unantastbar."*
Immer wieder wird argumentiert, dass ein Verbot die Nazis in den Untergrund treibe und man bräuchte die V-Leute, um die Szene zu überwachen. Inzwischen sollte jedem klar sein, dass V-Leute der Nazi-Szene nur Gelder einbringen. Selbst die "Bild"-Zeitung liefert mehr Informationen als ein V-Mann. Die Sache mit dem Untergrund passt auch nicht. Die Kameradschaften arbeiten doch jetzt schon im "Untergrund" und das Beispiel NSU zeigt, dass weder Verfassungsschutz noch Polizei ihrer habhaft werden konnte, ja sogar ihrem Treiben tatenlos zugesehen haben. Die Gelder, die in die NPD (wie auch in weitere Naziparteien) gesteckt werden, wären bei antifaschistischen Organisationen und Aktionen viel sinnvoller aufgehoben.

Wir fordern eine konsequente Schaffung der Voraussetzungen und die Durchsetzung eines NPD-Verbotsverfahrens!

Im Internet wie auch bei Unterschriftenlisten kann man sich dieser Forderung anschließen. Fast 5.500 haben schon bei der neuen Unterschriftenaktion (www.npd-verbot-jetzt.de/unterschreiben) mitgemacht. Auch auf den Straßen und bei Veranstaltungen werden Unterschriften gesammelt.

Gerold

Demokratische Kontrolle?

Wer sich einen äußerst spannenden Vortrag erhofft hatte, behielt auch diesmal Recht. Rolf Gössner schilderte auf Einladung der Humanistischen Union am 09. Februar in der Villa Ichon die langjährigen mühevollen Versuche einer öffentlichen Kontrolle des Verfassungsschutzes. Selbst wurde er 38 Jahre lang ausgespäht, weil er sich über Jahre in Niedersachsen als Justiziar der Landtagsfraktion der Grünen und später als Verfassungsrichter und Innendeputierter für die Bremer Linksfraktion um die Entschleierung eines Geheimdienstes bemühte, der sich bislang der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen wusste. Ein Urteil des Kölner Verwaltungsgerichtes legte kürzlich klar, dass nicht etwa Rolf Gössner als irgendwelcher undemokratischer Aktivitäten Verdächtiger ausgeforscht wurde, sondern weil er in seiner Anwaltstätigkeit und seinen Ämtern mit Menschen in Berührung kam, die irgendwie ins Visier der 17 Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder geraten waren. Die Kopien seiner zu 80% geschwärzten Akte ließen sich sehr gut in der Kunsthalle ausstellen.

In einem Interview hatte er der Bremer TAZ gegenüber am selben Tag ausgeführt: *"die geheimen Strukturen des Verfassungsschutzes (VS) widersprechen den demokratischen Prinzipien der Transparenz und Kontrollierbarkeit. Über seine V-Leute etwa verstrickt er sich zwangsläufig in kriminelle Machenschaften (...) Die bezahlten V-Leute sind hartgesottene Neonazis, gnadenlose Rassisten und Gewalttäter - sie beobachten nicht bloß. Der VS schützt sie mitunter gegen Ermittlungen der Polizei, schottet sie ab, unterdrückt Beweise."* Rolf Gössner belegte es mit zahlreichen ...

weiter geht es auf Seite 4

Erfolg für den Arbeitskreis

Vor einigen Tagen haben sich der Ortsamtsleiter Herr Fischer, Frau Jagusch vom Ortsamt Neustadt und eine Vertreterin der Umwelt-Behörde und ihr Mitarbeiter getroffen, um die Stellen für die Stelltafeln "Geschichte der Langemarckstraße" festzulegen. Vom Arbeitskreis waren Thomas Ziegert und ich zu der Besichtigung eingeladen. Der Arbeitskreis hatte in seinem Antrag zwei Stellen vorgeschlagen und die sind auch so akzeptiert worden. Die Vertreterin der Umwelt-Behörde erklärte uns, wie sich die Behörde die Befestigung und Verankerung der Tafeln vorstellt. Das Ortsamt und der Beirat sind bereit die Kosten für zwei Tafeln zu übernehmen, und sie haben den bereits vom Arbeitskreis erstellten Inhalt für die Tafeln übernommen. Der Antrag des Arbeitskreises, möglichst die Einweihung der Tafeln für den 08. Mai vorzusehen, ist vom Ortsamt begrüßt worden. Wenn alles klappt, werden wir am 08. Mai um 18:00 Uhr die Tafeln der Öffentlichkeit übergeben.

Ingeborg Breidbach



Totalitarismustheorie im Steuerrecht

Nachdem der Vorsitzende des Nazivolksgerichtshofs, Roland Freisler, einem alliierten Kollateralschaden zum Opfer fiel - man hätte ihn später vielleicht noch gebrauchen können - konnte nach dem Krieg seine Witwe eine Hinterbliebenenpension beantragen. Diese wurde ihr gewährt. Bei der Berechnung der Höhe der Pension gingen die Entscheidungsfinder realistisch davon aus, dass der Justizmörder Freisler in der BRD eine steile Karriere gemacht hätte. Also bekam die Witwe Freisler die höchstmögliche Hinterbliebenenpension, die für Nazimörderhinterbliebene vorgesehen war.

Genauso realistisch, wie man bei der Entschädigung der Nazitäter vorging, handelte man bei der Entschädigung der Naziopfer: Kommunistische Widerstandskämpfer, die jahrelang eingekerkert waren und trotz dieser Erziehungsmaßnahme - sofern sie überlebten - noch immer ihrer Überzeugung anhingen, konnten alsbald ihre früheren Richter aus der Nazizeit wieder im Gerichtssaal begrüßen. Die befanden über Entschädigung für erlittene Haft und Rentenansprüche. Wie sie befanden, ist den Leserinnen und Lesern dieser Zeitschrift bekannt. Einige Kommunisten und andere Naziopfer konnten eine Verfolgtenrente erstreiten. Renten, wenn sie eine gewisse Höhe überschreiten, müssen versteuert werden. Nun gibt es in 2012 für diese Personengruppe und ihre Hinterbliebenen, die aus Altersgründen sehr überschaubar ist und wieder einmal nicht haushaltsrelevant, eine neue Regelung, und jetzt wird es amtlich: *"An Verfolgte im Sinne des § 1 Bundesentschädigungsgesetz (BEG) gezahlte Altersrenten und Erwerbsminderungsrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung sind steuerfrei nach § 3 Nr. 8a EstG. Diese Steuerfreiheit gilt rückwirkend in allen noch offenen Steuerfällen (§52 Abs. 4a Satz 1 EstG)."*

Es folgen in dem Text noch Zugangsvoraussetzungen, die aber in diesem Zusammenhang nicht wichtig sind. Das ist zunächst für die wenigen Betroffenen erfreulich. Weniger erfreulich ist allerdings, in welchem Zusammenhang die Regelung gestellt wird. Jetzt wird es schon wieder amtlich: *"Wiedergutmachungsrenten, Geldrenten, Kapitalentschädigungen und Leistungen im Heilverfahren, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts gewährt werden, sind nach § 3 Nr. 8 EstG steuerfrei. Dazu zählen zum Beispiel Renten nach dem Entschädigungsgesetz."*

Da eine Wiedergutmachung nicht nur bei einer Bevölkerungsgruppe stehen bleiben kann, wie zum Beispiel den Sinti und Roma, den Zeugen Jehovas, den Homosexuellen, den so genannten Asozialen, den Behinderten, den Ghettoüberlebenden (siehe AN Seite 4), werden im selben Gesetz weitere Verfolgte genannt, die mit guter PR demnächst alle Bundespräsident werden könnten: *"Auch Geldrenten zur Wiedergutmachung erlittenen DDR-Unrechts sind steuerfrei. So ist die genannte SED-Opferrente nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes in voller Höhe steuerfrei (§ 3 Nr. 23 EstG)."*

So ist "Rot gleich Braun" nun auch in der Steuergesetzgebung angekommen.

d.h.

Statt Kaserne Friedensuniversität?

ROTENBURG/W. Das kürzliche Treffen des örtlichen Bundestagsabgeordneten Grindel (CDU) mit Minister de Maizière zum Thema Nachnutzung der frei werdenden Kasernen kommentiert Friedrich Bode, Pastor i.R.: "Der Wunsch heißt Konversion einer Kaserne in eine internationale Friedensuniversität. Der leicht ironisch unterlegte Einwand Grindels, dass man erst darüber reden könne, wenn die Finanzierung sichergestellt sei, also der Geldgeber feststeht, zeigt den Unwillen dieses Politikers, sich mit dem berechtigten, vernunftorientierten Anliegen Visselhöveder Bürger ernsthaft auseinanderzusetzen. Denn bedenken wir: Der Geldgeber für den inzwischen Milliarden Euros verschlungenen Afghanistankrieg ist das deutsche Volk, das laut Grundgesetz als Souverän wahrzunehmen ist. Dieses Volk lehnt aber in seiner überwiegenden Mehrheit, diesen Krieg als einen schlicht verantwortungslosen Aberwitz und schizophrenes Abenteuer ab. Doch die Mehrzahl der dem Bundestag angehörenden Parlamentarier scheint dies nicht zu stören.

Dieser Souverän übergangen, in seinem Anliegen durch die Mehrheit der Abgeordneten im Bundestag, könnte nun als Geldgeber für die angedachte Internationale Friedensuniversität in Erscheinung treten. Im Gegensatz zum militärischen Abenteuer am Hindukusch können wir jetzt von einer beeindruckenden Mehrheit ausgehen, die solch eine Konversion begrüßen würde.

Ekkehard Lentz

Setzen

Zur Verbesserung der Kommunikation sollte die Sitzordnung im Beirat Blumenthal verändert werden. Die LINKE soll, geht es nach Ortsamtsleiter Peter Nowack und den Fraktionen von SPD, CDU und "Bürger in Wut" (BIW), zukünftig Rechtsaußen neben der NPD zu sitzen kommen.

Fürchtet die SPD-Fraktion womöglich unter Einfluss von Beiträgen von Anke Krohne (die Linke) zu geraten, setzt sie etwa auf Annäherung an die "BiW" oder hat sich Herr Nowack ausgerechnet die Sitzordnung als "Werkzeug" erkoren, um die Rechten "in ihren Tiraden beschneiden" zu können?

Wie schrieb er doch August 2010 in einem Leserbrief an den BAF? *"Eine Geschäftsordnung lebt immer auch von der Interpretation und von demjenigen, der sie nutzt."* Der Linken ist es jedenfalls nicht zuzumuten mit der NPD zusammengesetzt zu werden.

Raimund Gaebelein

Demokratische Kontrolle

... Hinweisen auf die finanzielle Unterstützung von NPD-Aktivitäten durch den Aufbau eines Informanten-Systems. Der Verbotsprozess 2003 hatte nicht stattfinden können, da die V-Mann-Führer z.T. keinerlei Aussageerlaubnis hatten, die für das Verfahren benannten Zeugen oft selbst und mit Zuwendungen des VS die Beweise produziert hatten, die die aktiv kämpferische Demokratiefeindlichkeit belegen sollten. Um die umwitterten Arbeitsmethoden geheim zu halten, erhalten nicht einmal Richter Einsicht in die Originalakten, die Öffentlichkeit bleibt ausgeschlossen, die Zeugen werden nur aus zweiter Hand zitiert. Rolf Gössners Fazit: Die bundesdeutschen Inlandsgeheimdienste müssen soweit möglich einer öffentlichen demokratischen Kontrolle zugeführt werden, wenn schon ihre Auflösung aus Staatsraison nicht möglich erscheint. Sie bleiben ein Fremdkörper im demokratischen Staatswesen, was ihre Entstehungsgeschichte im Kalten Krieg mit Führungspersonal aus Gestapo und SD nahelegt. Ihre Aufgaben könnten effizienter und kontrollierbarer von wissenschaftlichen Forschungsinstituten übernommen werden.

Richard Keßler

Merkel bittet ...

... Demonstranten geht man vor. Nichts ist bis jetzt passiert. Alles nur Lippenbekenntnisse. Dabei werden Menschen wie der bekannte Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Dr. Rolf Gössner, stellvertretender Richter am Verfassungsgericht in Bremen, und die "Linke" vom Verfassungsschutz abgehört und bespitzelt. Es wird auch immer wieder gern erwähnt, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei. Ich frage mich, ist die Bundesrepublik besser?

Angelika Bathmann

Gedenken an die Verteidiger Bremens

Unter einer leichten Schneedecke, aber bei wärmerem Wetter als eine Woche zuvor, fand am 12. Februar die 93. Gedenkveranstaltung für die Verteidiger der Bremer Räterepublik statt. Musikalisch einrahmt von Teilen des Buchtstraßenchors, wurde die nicht ganz so umfangreiche Schar von Teilnehmerinnen und Teilnehmern begrüßt. Frederick Langer (BAL) verglich unser Anliegen mit den offiziellen Gedenkveranstaltungen für die Opfer rechter Morde. Regelmäßig wächst die Erkenntnis, dass doch etwas geschehen müsse, die Behörden haben anscheinend die vergangenen zehn Jahre nicht nutzen können, eine rechte Terrorzelle zu erkennen, wiewohl sie nicht gänzlich unbeteiligt waren an ihrer Entwicklung. Vom NPD-Verbot sei die Rede, persönliche Erfahrungen mit polizeilichen Einsätzen bei Demonstrationen gegen ihr Auftreten, haben aber einen anderen Eindruck hinterlassen. Münir Derventli (Rote Hilfe München) schilderte die Entstehung der Unterstützung für die Angehörigen inhaftierter oder von Freikorps ermordeter Arbeiter zu Beginn der Zwanziger Jahre. Martin Luther zog er als Beleg dafür heran, wie aggressiv jeder Feind demokratischen Fortschritts seit jeher bekämpft wurde. Er benannte auch die ideologische Enge, die es dem Faschismus erleichterte vorzudringen.



Der Buchtstraßenchor sorgte für musikalische Deutlichkeit

Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung fand im Westend eine Kulturveranstaltung zu Erich Mühsam statt, in der Gedichte und Lebensgeschichte des anarchistischen Literaten vorgetragen wurde. Die musikalische Unterstützung musste leider ausfallen.

Raimund Gaebelein

Bei Einladung Mord

Der neue Kriminalroman von Carmen Posadas beginnt mit einem Zitat aus Agatha Christies Roman "Blausäure": *"Alle hassen Rosemary Barton. Wenn Gedanken töten könnten, hätten sie sie garantiert längst umgebracht."*

Im ersten Teil des Buches wird der Leser mit Einblicken in das Leben Olivia Uriates, ihrer Schwester Agata und von sieben ihrer allerbesten Freunde vertraut gemacht. Zur Feier ihrer Scheidung lädt die Hauptakteurin Olivia ihre Schwester und Freunde zu einer Kreuzfahrt auf der Segeljacht ihres Ex-Mannes ein. Auf der "Sparkling Cyanide" (Blausäure) erfahren sie, warum sie wirklich eingeladen wurden und warum gerade sie es sind.

Nach dem plötzlichen Ableben Olivias auf der Jacht beginnt ihre Schwester Agata im zweiten Teil mit Aufzeichnungen von Begebenheiten kurz vor Olivias Tod. Mit diesen Aufzeichnungen und Recherchen führt sie den Leser langsam zum wahren Grund ihres Todes. Das Puzzle, das Carmen Posadas in ihrem Roman für die Leser versteckt hat, baut sich langsam aber sehr spannend zu einem Ganzen zusammen. Denkt man, man hat wieder ein Stück gefunden, stellt man fest, es könnte auch zu einer anderen Stelle passen. Bis zum Schluss reißt die Spannung nicht ab, und man weiß nicht, war es Mord, ein Unfall oder Selbstmord. Das stellt sich erst am überraschenden Ende heraus. Der Schreibstil von Carmen Posadas ist flüssig und gut verständlich, was dazu führt, dass man das Buch bis zum Ende gar nicht mehr aus der Hand legen mag.

Carmen Posadas "Bei Einladung Mord", edtion zeilenreich, Gütersloh, Februar 2012, 400 Seiten, 16,95 EUR, EAN 206004122352

Marion Bonk

Rachemotive

Christian Strasser wird in einem Hamburger Café zufällig Zeuge eines Gesprächs zwischen zwei französischen Geschäftsleuten. Als er kurz zur Toilette geht, fallen Schüsse, und der Händler Didier Moriot liegt tot am Boden. Als 19-jähriger hatte sich Strasser in die Studentin Alexandrine Didier aus Neuilly bei Paris verliebt. Ob der 65-jährige Tote wohl ihr Vater ist? Strasser möchte es genauer wissen und begibt sich auf die Suche nach seiner Jugendliebe. Das elterliche Haus ist inzwischen abgerissen, aufwändig gestalten sich Strassers Nachforschungen bei Polizei und Ämtern, im Telefonbuch, bei Zufallsbekanntschaften. Anlässlich der Beisetzung Moriots in Carcassonne macht er Bekanntschaft mit Kriminalkommissar Savarin. Von ihm erfährt er Näheres über Moriots Vergangenheit bei der französischen Waffen-SS. Kurz darauf fällt Savarin einem Anschlag zum Opfer. Strasser wird klar, dass er als Tatzeuge selbst gefährdet ist.
Unter dem Schutz des ehemaligen Fremdenlegionärs Daniel Fourmonts vom Geheimdienst begibt er sich auf die Spur Alexandrine Didiers in Andorra. Von ihr erfährt er mehr über die Verbrechen ihres Vaters und von einem bevorstehenden Kameradschaftstreffen der Waffen-SS in Andorra. Ein erneuter Anschlag erfolgt. Die weitere Spurensuche führt Strasser und Fourmont ins italienische Bergamo, wo die Polizei stark von alten und neuen Faschisten unterwandert ist. Fiel Didier Moriot einem Fememord alter Kameraden oder einem Racheakt der Épuration Sauvage zum Opfer, einer Gruppe, die sich für legitime Rächer faschistischer Kriegsverbrecher hält und Rückhalt in der französischen Polizei hat?

Melzers Roman liest sich spannend, der sprachunkundige Leser ist allerdings gleich anfangs vom Gebrauch französischer und gegen Ende von italienischen Redewendungen verwirrt, die häufig ohne nochmalige Wiederholung in deutscher Sprache dastehen. In der zweiten Hälfte folgt eine unerwartete Fülle an Stichworten zu Verbindungen zwischen internationalen Geheimdiensten zu faschistischen Kameradschaften und terroristischen Vereinigungen, deren Wirken eigentlich einen sehr stark erweiterten Roman erwarten lassen, in dem Spuren der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte aufgedeckt werden.

Wolfgang Melzer, Nach dem Tod ist vor der Geburt, Schardt Verlag Oldenburg 2011, 187 S., 12,80 EUR, ISBN 978-3-89841-601-6

Raimund Gaebelein

Kasernen zu Hörsälen

Die Kanzlerin rief vor Jahren vollmundig die Bildungsrepublik Deutschland aus. Das sollte von Strategie und Konzepten künden. Es ist weder das eine noch das andere. In der Bundesrepublik fehlen rund 50.000 Studienplätze. Wer das Glück hat, an einer Uni oder Hochschule immatrikuliert zu sein, muss Vorlesungen in überfüllten Hörsälen oder Containern ertragen. Lehr- und Forschungsmittel, Ausstattung von Instituten, Praktika, alles ist chronisch unterfinanziert. In der Bildungsrepublik Deutschland werden falsche Prioritäten gesetzt und das ist belegbar: Im Bundeshaushalt 2012 stehen für den Bereich Bildung und Forschung 13 Mrd. Euro zur Verfügung. Das ist ein Drittel des Budgets, mit dem das "Bundesministerium der Verteidigung" ausgestattet wird. Für Armee, Infrastruktur, Auslandseinsätze der Bundeswehr wurden 32 Mrd. Euro bewilligt. Wer tatsächlich eine Bildungsoffensive will, muss Reichtum umverteilen, zum Beispiel: Kasernen müssen zu Hörsälen werden.

Ekkehard Lentz

Zur Jahresbilanz der Handelskammer

Die Bremer Handelskammer zog Ende Dezember eine positive Bilanz der Bremer Wirtschaftsentwicklung. Dabei verstieg sich Kammer-Präses Oskar Lamotte zu der Behauptung: *"Nirgendwo sonst* (als in der Wirtschaft) *entstehen Wachstum, Steueraufkommen und Arbeitsplätze"*. Er begrüßte das industrielle Wachstum, das von Januar bis Oktober um 11,5 % auf 18,7 Milliarden Euro gestiegen sei. Herr Lamotte kritisiert allerdings nicht, dass im gleichen Zeitraum die Zahl der Arbeitnehmer nur um 1,9 % auf 47.000 Menschen gestiegen ist. Viele Arbeitsverhältnisse sind zudem prekär, das heißt nicht zum Lebensunterhalt ausreichend. Auf den Punkt gebracht: 11,5 % Wachstum, aber nur 1,9 % mehr Arbeitnehmer. Es ist klar, dass die Wirtschaft und ihre Lobbyisten einen flächendeckenden Mindestlohn, die Rekommunalisierung der Versorgungsnetze und eine Erhöhung der Gewerbesteuer ablehnen. Es geht ihnen um ihren immer größeren Profit und nicht um steigende Lebensqualität für die Bevölkerung.

Eva Böller

Ostermarsch

Am Samstag, 07. April, findet der Ostermarsch in Bremen unter der Überschrift: "Krieg gegen Afghanistan beenden! Keine neuen Kriege beginnen!" statt.
Auftakt ist um 11:00 Uhr am Ziegenmarkt, anschließend gibt es eine Demo durch die Innenstadt zur **Kundgebung um 12:00 Uhr auf dem** Marktplatz,. Der diesfährige Redner ist **Peter Strutynski** vom Bundesausschuss Friedensratschlag in Kassel. Schwerpunkte seiner Rede sind die Warnung vor neuen Kriegen gegen Syrien und Iran und ein Ende des Afghanistan-Kriegs sowie der Rüstungsstandort Bremen und die Proteste gegen jedwedige Rüstungsexporte
Die Veranstalter sind das Bremer Friedensforum, die DFG-VK und die Nordbremer Bürger gegen Krieg

Kein Grund zur Trauer

Die US-Regierung will einige Brigaden aus Baumholder / Rheinland-Pfalz und Grafenwöhr / Bayern abziehen. Für uns vom Bremer Friedensforum ist das kein Grund zur Trauer.
Im Gegenteil: Die betroffenen Stadtverwaltungen haben jetzt die Aufgabe, die militärischen Liegenschaften zivil-friedlich zu nutzen. In vielen Gemeinden ist das bereits erfolgreich geschehen. Werden Infanteristen demobilisiert und nach Hause geschickt - immer ein Grund zur Freude.

Die US-Regierung sollte noch weiter gehen und die Produktion von teueren schweren Mordsgeräten, wie Drohnen, Raketen und Panzern reduzieren - noch besser: Ganz einstellen. Die deutsche Bundesregierung kann sich das zum Vorbild nehmen und weitere deutsche Soldatinnen und Soldaten demobilisieren. Vor allem die, die heute noch in Afghanistan ihr Unwesen treiben.

Ernst Busche

Geburtstage im April 2012

Gerd Meyer	07.04., 66 J.
Georg Gumpert jun.	11.04., 79 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand

"Der Bremer Antifaschist", kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind **Am Speicher XI Nr. 9**, 28217 Bremen, erreichbar.

Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

Montag: 16:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 16:00 - 18:00 Uhr

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.bremen.vvn-bda.de
Internet: www.kueste.vvn-bda.de

In den Schulferien finden Bürostunden nur auf Anfrage statt (siehe Stadtrundgänge).

Für die Unterstützung unserer Arbeit:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
BIC: SBRE DE 22
IBAN: DE06 29050101 000 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (0421-382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (0421-6163215 oder 0176/ 49865184) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich jeden zweiten Montag von 18:30 - 20:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:30 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind natürlich mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Mich interessieren folgende Themen:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Rassismus
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Erinnerungsarbeit

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name ________________

Straße ________________

PLZ, Ort ________________

Bremen, den ________________